

STAATSANZEIGER



Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg

Hintergrund

Feuerwehr wirbt um Nachwuchs

Den Freiwilligen Feuerwehren geht der Nachwuchs aus. Der Landesfeuerwehrverband fordert, das Ehrenamt zu stärken. Im Interview spricht Landesbranddirektor Hermann Schröder über die Situation und die Zukunft der Feuerwehr. **Seite 3**

Kreis & Kommune

Neue Perspektive für Ingo Rust

Eine steile landespolitische Karriere findet ihr vorläufiges Ende: Ingo Rust (SPD), Staatssekretär im Finanzministerium, wechselt als Finanzbürgermeister nach Esslingen. Im Interview erklärt der 37-Jährige, was ihn daran reizt. **Seite 7**

Wirtschaft

Flexiblere Übergänge in Rente

Die Große Koalition will in Kürze beraten, wie flexiblere Übergänge in die Rente geschaffen werden können. Die Arbeitgeber fordern Lösungen, die es Beschäftigten über das gesetzliche Rentenalter hinaus erleichtern sollen, im Job zu bleiben. Doch es gibt Widerstände. **Seite 10**

Bildung & Wissenschaft

Viele Lehrer gehen früher in Pension

Viele Lehrer klagen über eine zu hohe Arbeitsbelastung. Das führt laut der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zunehmend zu Unzufriedenheit. Derweil steigt die Zahl der Lehrer, die vorzeitig in den Ruhestand gehen. **Seite 15**

Online-Umfrage-Ergebnis

Soll es wieder ein eigenständiges Wirtschaftsministerium geben?

Ja: 77,3%

Nein: 22,7%

Mehr Informationen finden Sie auf staatsanzeiger.de.

Ausschreibung & Vergabe

Verstoß kann zur Kündigung führen

Mitarbeiter von Vergabestellen sind zur Beachtung des Vergaberechts verpflichtet. Verstöße können schwere Folgen haben, die von der Kündigung bis zum Schadensersatz an den Dienstherrn reichen. **Seite 32**

Zentralblatt Seite 17
Amtliche, öffentliche und gerichtliche Bekanntmachungen

Beruf & Karriere Seite 23
mit Stellenanzeigenteil



2,45 Euro

LESERSERVICE

Zentrale (0711) 666 01-0
Aboservice (0711) 666 01-31
Anzeigen (0711) 666 01-222

Öffentlicher Dienst

Weiterbildung kein Thema bei Tarifverhandlungen

Während in der Metallindustrie auch über das Thema Weiterbildung verhandelt wird, ist dies bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst kein Thema. Auch die grün-rote Landesregierung tut wenig, wie ein Verdi-Experte kritisiert.

Von Michael Schwarz

STUTTGART. Markus Kling, Experte für den öffentlichen Dienst beim Verdi-Landesbezirk, fordert das Land auf, mehr in Sachen Weiterbildung zu tun. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, so warnt er, könnte langfristig zu Verwerfungen führen. Nicht nur in der Industrie, auch im öffentlichen Dienst seien Stellen gefährdet.

Personalentwicklungsplan hängt in Haushaltsstrukturkommission fest

Zwar sei der Staat als Arbeitgeber in der Hinsicht weiter als mancher Mittelständler. Doch nach wie vor sei Weiterbildung nicht einklagbar. Sowohl das Landesbeamtengesetz als auch der Tarifvertrag der Länder enthalten bloß Sollvorschriften. Kling verweist auf die grün-rote Koalitionsvereinbarung. Dort ist von einem „Personalentwicklungsplan 2020“ die Rede. Doch bislang wurde der Plan nicht verabschiedet; laut Kling will das Land dafür kein Geld in die Hand nehmen. Der Entwurf, der seit Sommer 2013 vorliegt, hängt, so das Innenministerium, in der Haushaltsstrukturkommission fest.

Doch selbst der Entwurf enthält zum Thema Personalentwicklung durch Weiterbildung wenig. Die Rede ist von einer „zeitgemäßen Fortbildung“. Und dass die Mittel „moderat erhöht werden“ sollten. Anders als in der Metallindustrie steht das Thema im öffentlichen Dienst nicht auf der Agenda. Auch



Auch Beschäftigte der Statistischen Landesämter können auf höhere Gehälter hoffen: Ab Rosenmontag verhandeln Verdi und Beamtenschaft mit den Ländern. FOTO: DPA

IG Metall will Familienvätern Studium ermöglichen

Der bis 2014 gültige Qualifizierungstarifvertrag („Quali-TV“) und die von der IG Metall geforderte Bildungsteilzeit liegen nicht weit voneinander entfernt. Bereits laut Quali-TV hatte ein Arbeitnehmer einen Anspruch darauf, sich fünf Jahre lang freustellen zu lassen oder in Teilzeit zu arbeiten; danach musste ihm der Ar-

beitgeber zumindest einen gleichwertigen Arbeitsplatz anbieten.

Der große Unterschied ist die finanzielle Beteiligung. Ähnlich wie bei der Altersteilzeit soll der Arbeitgeber laut IG Metall das Gehalt aufstocken, um etwa Familienvätern ein Studium oder eine Meisterausbildung zu ermöglichen.

nicht für Verdi, wenn man von der Kritik von Kling einmal absieht. Onno Dannenberg, Tarifexperte der Verdi-Bundesleitung, erklärt das mit dem kleinen Anteil gering Qualifizierter; viele Aufgaben, die früher von Un- und Angelernten erledigt wurden, seien inzwischen privatisiert worden.

Außerdem sei der Modernisierungsdruck geringer als in der Metallindustrie. Für den öffentlichen

Dienst sei es deshalb wichtiger, bei den Gehältern aufzuholen. Verdi und der Beamtenschaft fordern bei den am Rosenmontag in Berlin beginnenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder 5,5 Prozent mehr Geld, mindestens jedoch 175 Euro.

Die IG Metall verlangt ebenfalls 5,5 Prozent, verzichtet jedoch auf eine soziale Komponente. Stattdessen will sie die Altersteilzeit wieder-

und eine Bildungsteilzeit neu einführen. Insbesondere über diesen Punkt wird bei den Tarifverhandlungen gestritten, die im Südwesten am 14. Januar begannen und an diesem Montag fortgesetzt wurden; das nächste Treffen findet am 11. Februar statt.

Gesamtmittel-Chef Rainer Dülger sieht „im Moment keinerlei Grundlage für eine tarifliche Vereinbarung über unser Aus- und Weiterbildungsangebot hinaus“. Das Angebot, das Südwestmetall am Montag auf den Tisch legte, enthielt deshalb bloß den Vorschlag, den 2001 geschlossenen, von der Gewerkschaft zum Jahresende 2014 gekündigten Qualifizierungstarifvertrag wieder in Kraft zu setzen (siehe Kasten und unten).

Was den Metallarbeitgebern besonders missfällt, ist die Forderung der IG Metall, bei der Gewährung der Bildungsteilzeit mitzubestimmen. Es sei die Sache des Arbeitge-

bers, zu entscheiden, wer welche Weiterbildung macht, sagt Südwestmetall-Pressesprecher Volker Steinmaier. Er dürfe nicht gezwungen werden, eine Maßnahme zu finanzieren, von der er nichts habe.

Auf freiwilliger Basis stocken schon jetzt Metallarbeitgeber auf

Steinmaier weist darauf hin, dass es schon jetzt Arbeitgeber gebe, die die Weiterbildung in Teilzeit förderten. Teilweise werde das Gehalt auf 80 bis 90 Prozent aufgestockt, auch wenn der Mitarbeiter nur 50 Prozent arbeite.

Ein weiteres Modell basiere auf einem zinslosen Darlehen, das nicht zurückgezahlt werden müsse, wenn der Mitarbeiter nach der Qualifizierung mindestens drei Jahre im Betrieb bleibe. Das ist eine ähnliche Regelung, wie sie für Beamtenanwärter gilt.

Kommentar auf Seite 2.

Bundesweit niedrigste Arbeitslosigkeit

Saisonbedingter Anstieg gegenüber Vormonat

STUTTGART. Im Januar ist die Arbeitslosigkeit deutlich gestiegen. Die Quote lag bei 4,2 Prozent; im Vergleich zum Vormonat gab es rund 22 000 mehr Arbeitslose, was einem Anstieg von zehn Prozent entspricht. Doch sei das ein „saisonüblicher Zuwachs“, so Christian Rauch, Leiter der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, und er sei nicht so stark wie in Bayern. Baden-Württemberg habe jetzt wieder die „bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote“. Im Vergleich zum Januar des Vorjahres ist die Arbeitslosigkeit sogar leicht rückläufig.

Die Zahl der Erwerbstätigen im Land liege mit mehr als sechs Millionen auf einem Rekordhoch, hieß es im Sozialministerium. Gewinner dieser Entwicklung seien vor allem sozialversicherungs-

pflichtig Beschäftigte, meint Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD); sie machten 71 Prozent der Erwerbstätigen aus. Das zeige auch, „dass sich der politische Einsatz für gute und sichere Arbeit auszahlt“. Im Kampf gegen prekäre Beschäftigung werde sie nicht nachlassen. Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen sei zudem ungebrochen: In der Wirtschaft gebe es über 70 000 offene Stellen.

Auch Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) sieht die Unternehmen gut aufgestellt: „Von trüber Winterstimmung ist am Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg nichts zu spüren.“

Der DGB-Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf wertet die Januar-Zahlen als Beweis dafür, dass der Mindestlohn keinen negativen Effekt auf den Arbeitsmarkt habe. (crim)

Tausende Metaller treten in Warnstreik

Arbeitgeber bieten 2,2 Prozent / IG Metall will mehr

STUTTGART. Tausende Metaller haben am Donnerstag gegen das Angebot der Arbeitgeber protestiert. Vor allem Werke des Autobauers Daimler waren betroffen. In Mannheim, Stuttgart und Sindelfingen ließen Mitarbeiter mehrere Stunden die Arbeit ruhen.

„Das ist ein klares Zeichen, dass die Arbeitgeber ein vernünftiges Angebot vorlegen müssen“, sagte Gewerkschaftssekretär Andre Kaufmann in Stuttgart. Die Arbeitgeber sehen angesichts ihres „fairen“ Angebots, das eine Erhöhung der Reallöhne vorsehe, keinen Anlass für die Proteste.

Südwestmetall hatte am Montag ein erstes Angebot auf den Tisch gelegt. Es beinhaltet ein Plus von 2,2 Prozent, einen Vorschlag zur Altersteilzeit und das Angebot, den Qualifizierungstarifvertrag wieder in Kraft zu setzen.

Wenn die Arbeitgeber in der dritten Runde am 11. Februar in Sindelfingen das Angebot für die 800 000 Beschäftigten im Südwesten nicht verbesserten, würden die Warnstreik-Aktivitäten hochgehen, warnte die IG Metall, die ein Lohn-Plus von 5,5 Prozent verlangt: Am 19. Februar sei geplant, in allen Betrieben zeitgleich zum Ausstand aufzurufen. (sta)

Online-Umfrage

Geben Sie auf staatsanzeiger.de Ihre Stimme ab.

Sind die Warnstreiks von IG Metall gerechtfertigt?

Ja
 Nein

Land nimmt 85 Prozent mehr Flüchtlinge auf

STUTTGART. Baden-Württemberg hat im vergangenen Jahr 85 Prozent mehr neue Flüchtlinge aufgenommen als 2013. Die Zahl der Erstanträge auf Asyl stieg wie erwartet von 13 853 auf 25 673, teilte das Integrationsministerium am Mittwoch in Stuttgart mit. Höher war der Zugang zuletzt im Jahr 1993. Den größten Anteil machten 2014 Asylbewerber aus Syrien aus: Jeder fünfte Flüchtling kam aus dem Bürgerkriegsland.

Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) forderte mehr Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf), das die Asylanträge bearbeitet.

Trotz überwiegender „sicherer Herkunftstaaten“ kommen den Angaben zufolge seit Ende 2014 etwa 60 Prozent der Asylbewerber aus den Balkanländern Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und dem Kosovo. (sta)

Siehe auch Seite 2.